



# DAS ROTE TUCH

## FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

5. September 2008

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

### Die Preise steigen und steigen... die Löhne und Renten müssen folgen!

Für ein Viertel der Beschäftigten sind die realen Bruttolöhne um fast 14% gesunken! Und zwar genau für das Viertel, das ohnehin schon die niedrigsten Einkommen hat.

Was viele schon längst in ihrem Alltag und Geldbeutel gespürt haben, hat jetzt auch die Statistik entdeckt: In gerade Mal 10 Jahren, zwischen 1995 und 2006, haben Millionen Arbeiterfamilien ein Siebtel ihres Einkommens verloren!

Und damit nicht genug. Denn seit 2007, wo diese Statistik aufhört, verschlechtert sich die Lage wesentlich. In nur einem Jahr sind die Preise für Verbraucher drastisch in die Höhe geschossen: Gas kostet 8% mehr, Jogurt 16%, Nudeln 29%, Mehl 30%, Diesel 30% und Heizöl sogar 60% mehr. Die Kaufkraft der Bevölkerung schmilzt zusammen.

Selbst diejenigen mit einem festen Arbeitsplatz und einem regelmäßigen Einkommen haben oft Schwierigkeiten, am Monatsende über die Runden zu kommen.



Und wie geht es erst all denen, die wie gerade bei Siemens, der Dresdner Bank, E.ON oder Telekom trotz Milliardengewinnen zu Tausenden ihre Stelle verlieren und bald von HartzIV leben müssen? Oder die für eine neue Stelle

weite und teure Anfahrtswege und schlechtere Bezahlung in Kauf nehmen müssen, wenn sie überhaupt etwas anderes als Leiharbeit oder Minijobs finden? Oder die von einer kleinen Rente ihre Existenz bestreiten müssen?

In Zeiten, in denen jeden Monat die Preise steigen, reichen jährliche oder alle zwei Jahre stattfindende Tarifverhandlungen mit 2% „Lohnerhöhung“ nicht, ganz zu schweigen von den willkürlichen und seltenen Anhebungen der Renten und Sozialleistungen.

Wenn wir verhindern wollen, dass unser Lebensstandard immer weiter sinkt, brauchen wir endlich regelmäßige und vernünftige Erhöhungen unserer Einkommen, die dem Rhythmus der Preissteigerung folgen!

### LEG.. die Maske ab

Am selben Tag noch, an dem das Land NRW die öffentliche Wohnungsgesellschaft LEG an eine private Firma übergeben hat, hat diese 20% Einsparungen bei der Instandhaltung und höhere Mieten angekündigt und diese auch direkt abgebucht – 3 Tage zu früh! Keine 24 Stunden haben also die Versprechen der Landesregierung gehalten, die Mieter hätten bei einer Privatisierung keinerlei Nachteile.

Doch wer weiß: In seiner Hast, möglichst schnell abzusahnen, hat der neue Eigentümer sofort seine Maske fallen lassen – und es ist daher nicht sicher, dass die Mieter dem ertappten Dieb nicht auf die Finger hauen werden.

### In die Kasse der Banken

Mindestens 9,2 Milliarden Euro hat der Bund ausgegeben, um die IKB-Bank zu sanieren, die sich durch Börsenspekulationen an den Rand der Pleite gebracht hat. Jetzt wurde die Bank für weniger als 200 Millionen an den US-Finanzinvestor LoneStar verschertelt.

Für die Beschäftigten bedeutet dies alles andere als eine sichere Zukunft. Die Zukunft der Spekulanten hat die Regierung hingegen gesichert – und für diese wichtige soziale Aufgabe sind 9 Milliarden an öffentlichen Geldern doch wahrlich nicht zuviel...

### Eine gelungene Premiere

Für viele Beschäftigte des Fahrzeughändlers Mercedes Lueg war es der erste Streik in ihrem Leben – und sie haben ihn gewonnen. Einige kamen sogar aus ihrem Urlaub, um mit zu streiken!

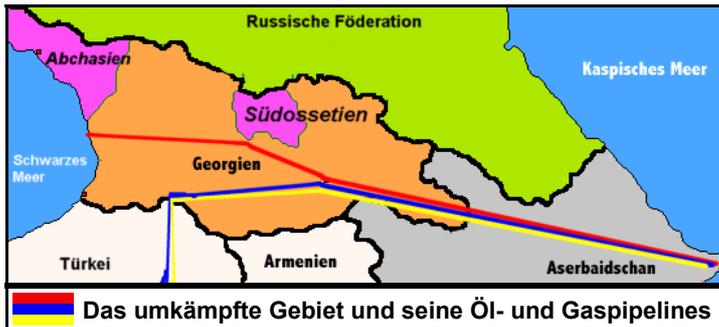
Lueg wollte ihnen die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche sowie die Streichung von Urlaubstagen und -geld aufzwingen. 4 Tage lang legten die Arbeiter daraufhin im Juli in den 14 Filialen in NRW die Arbeit nieder, dann gab die angeblich so starke Geschäftsführung nach.

Das Ergebnis des Streiks war nicht nur die Rücknahme sämtlicher Verschlechterungen und bis zu 2,5% mehr Lohn.

In einer Branche, in der man auf viele kleine Standorte verteilt ist, war der Streik auch die Gelegenheit, sich mit den Beschäftigten der verschiedenen Standorte und sogar mit Kollegen anderer Unternehmen, die aus Solidarität zu den Streikversammlungen kamen, zu treffen und auszutauschen... für die Zukunft.

## Der Kaukasus ist nicht so weit von uns!

Die Kampfhandlungen im Kaukasus sind im Moment eingestellt, doch wie es weitergeht, ist völlig unklar. Dieser Krieg, der entbrannte, nachdem Georgien mit militärischer Gewalt die Herrschaft über die kleine abtrünnige Provinz Süd-Ossetien wiedererlangen wollte und Russland dies durch einen massiven Gegenschlag verhinderte, ist nicht nur ein lokales Drama. Denn seine Ursache liegt in der



Rivalität zwischen den USA und Russland, die auch nach Ende des Kalten Krieges weiterhin die Gefahr nicht nur „kalter“ Kriege in sich birgt.

Seit dem Ende der Sowjetunion hat es der amerikanische Imperialismus (unter Beteiligung seiner europäischen Gehilfen) unternommen, die Staaten in die NATO ein-

zugliedern, die einst zum sowjetischen Block gehörten. Georgien ist gerade Beitrittskandidat.

Natürlich können es die russischen Herrscher nicht gern sehen, dass ein Teil der Gebiete der ehemaligen Sowjetunion und ihres einstigen Vorhofs in eine NATO überwechseln, die Russland von Natur aus feindlich ist.

Ebenso wenig, dass die USA unter

Einbindung eben von Staaten wie Polen und Tschechien direkt vor der Haustüre Russlands ein großes Raketenabwehrsystem installieren will.

Anscheinend hat die georgische Regierung – jedoch vergeblich – gehofft, bei ihrem Angriff auf Süd-Ossetien eine entschiedeneren Unterstützung der westlichen Mächte zu erhalten. Für diese ist die Region nämlich nicht zuletzt deshalb von so großer Bedeutung, weil durch sie notwendigerweise Pipelines hindurchführen, die Öl und Gas in den Westen transportieren.

Eben weil diese Gegend für alle eine solche wirtschaftliche und strategische Bedeutung hat, gibt es keine Garantie dafür, dass auf Dauer nicht wieder die Waffen sprechen werden.

In diesem Konflikt sind bereits Soldaten und Zivilisten in den Kämpfen oder unter den Bomben gestorben – Opfer der Gier der Herrscher ihrer Länder nach Macht und Reichtum; Opfer auch der Regierenden der Westmächte, für die die Bevölkerungen nichts als Figuren im politischen Schachspiel sind. So sehr geht es USA, Deutschland und Frankreich nur um ihre eigenen Interessen, dass niemand von ihnen auch nur vorschlägt, die Bevölkerung von Süd-Ossetien selber entscheiden zu lassen, zu welchem Staat sie gehören oder ob sie unabhängig sein will.

Eine friedliche und brüderliche Welt können wir unseren Kindern erst an dem Tag gewährleisten, an dem die arbeitende Bevölkerung, die kein Interesse an Kriegen hat, allen Ausbeutern, die von der Arbeit anderer leben, die wirtschaftliche und politische Macht aus den Händen nimmt.

### **Karstadt/ Hertie:**

#### **Heuschrecken nach deutscher Art**

Die Kaufhauskette Hertie hat Konkurs angemeldet. Die 4100 Beschäftigten in 73 Warenhäusern, davon allein 4 in Essen, wissen nicht, was sie morgen erwartet: Ob ein neuer Investor kommt und ein Teil weiterarbeiten kann, zu schlechteren Bedingungen – oder sie alle bald auf der Straße stehen.

Viele Beschäftigte haben den Konkurs erst aus der Presse oder sogar von Kunden erfahren. Wie kann man deutlicher seine Verachtung für die Belegschaft zeigen? Umso mehr, als die Insolvenz wahrscheinlich alles andere als ein kurzfristiger Beschluss war. 2005 hat der Karstadt-Konzern seine drei Töchter Hertie, SinnLeffers und Wehmeyer verkauft, alle drei an britische und amerikanische Finanzinvestoren. Und alle drei ha-

ben im Juli und August 2008 Insolvenz angemeldet.

Der Vergleich mit dem Fall Siemens/BenQ drängt sich auf. Der Essener Großkonzern Karstadt wollte die Kaufhäuser loswerden, die nicht mehr so rentabel waren. Und um zu verhindern, dass sie einen kleinen Teil der über Jahrzehnte mit den Karstadt-Filialen erzielten Gewinne für die betroffenen Beschäftigten ausgeben müssten, haben sie die Filialen rechtzeitig zum Ausschlichten an britische und amerikanische Finanzgruppen verschertelt.

Ja, Heuschrecken gibt es nicht nur in Übersee. Ihre deutschen Artgenossen, nicht weniger gefräßig, beherrschen die Vorstände und Aufsichtsräte – nicht nur von Karstadt.

### **Ticket 2000....Euro?**

Am 1. August sind die Fahrkarten im VRR durchschnittlich um 5,5% teurer geworden. Und das, nachdem die Preise in den letzten zwei Jahren schon um 13% gestiegen sind.

Gerade die, die den weitesten Weg zur Arbeit haben, sind am schlimmsten betroffen. Ihre Fahrkarten werden um ganze 20% teurer. Denn die Preisstufe C wird aufgeteilt, in C für kürzere und D für weitere Strecken. Viele mit einem Ticket 2000 der Preisstufe C müssen jetzt eins für D kaufen und jeden Monat fast 20 Euro mehr zahlen!

Die Unternehmer profitieren davon, dass es einen Nahverkehr gibt, der uns zuverlässig zur Arbeit bringt. Deshalb sollten sie auch dafür aufkommen.

## „Die Linke“ – eine neue Hoffnung?

Nachdem die Linkspartei mittlerweile in 10 Landtagen vertreten ist, wird es in Hessen wohl die erste Regierung mit Unterstützung der Linken in Westdeutschland geben. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg hat es eine Partei links von der SPD in die Landtage geschafft. Es kann einen freuen, dass mehrere Millionen Menschen für eine Partei gestimmt haben, die erklärt, dass Massenentlassungen bei Milliardenengewinnen, HartzIV, Kürzungen im Gesundheitswesen bei Abschaffung der Vermögenssteuer oder die Bundeswehr in Afghanistan nicht normal sind und dass man an dieser Entwicklung etwas ändern muss und kann.

**Denn ja, es ist dringend notwendig, dass die heutige Entwicklung sich umkehrt, dass die Gesellschaft nicht so bleibt, wie sie ist. Die Frage ist nur: Können wir mit dem Weg, den „Die Linke“ uns vorschlägt, eine solche Veränderung erreichen?**

„Die Linke“ hat erklärt, dass sie in Zukunft für eine gemeinsame Regierung mit der SPD auch auf Bundesebene zur Verfügung steht. Ist das tatsächlich die einzige Perspektive der Linkspartei, eine gemeinsame Regierung mit der SPD zu bilden? Mit der SPD, die spätestens seit Schröder mehr als deutlich gemacht hat, dass sie zu allem bereit ist, um den Bossen der Wirtschaft loyal zu dienen?

Seit 10 Jahren an der Regierung, hat die SPD den Arbeitenden schwere Schläge versetzt: HartzIV, die Gesundheitsreform, Verschlechterung des Kündigungsschutzes, Ausweitung von Zeitarbeit, die Rente ab 67 usw. Wie üblich war die SPD sogar bereit, einen Teil ihrer Mitglieder und Wähler zu verlieren, also eine Zeit lang

auf das Regieren zu verzichten, um diese massiven Angriffe gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Und was von einer Regierung mit SPD-Mehrheit zu erwarten ist, in der „Die Linke“ ein paar Ministersessel abbekommt, das hat sich leider schon in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern genügend gezeigt. Dort haben SPD und „Die Linke“ in genau solch einer Regierung eine Sparpolitik auf dem Rücken der einfachen Bevölkerung betrieben: So haben sie drastisch Stellen und Löhne in Kitas, Krankenhäusern und Schulen gekürzt und damit auch das Angebot für die Bevölkerung verschlechtert.

Viele Wähler der Linkspartei laufen daher Gefahr, ihre Hoffnungen sehr schnell enttäuscht zu sehen. Denn Hoffnungen in eine SPD-Regierung zu schüren, heißt sie in die nächste Sackgasse, in die nächste Enttäuschung zu führen.

**Es sind die Bosse der Wirtschaft, die letztendlich über alle wirklich wichtigen Fragen unseres Lebens entscheiden. Doch gegen deren Allmacht anzugehen, das tut sicher keine SPD-Regierung. Diese zu brechen liegt jedoch in der Macht der arbeitenden Bevölkerung, die dank ihrer Masse und ihrer Möglichkeit, die Wirtschaft und damit die Gewinnmaschine lahm zu legen, ein wesentlich kraftvolleres Mittel in den Händen hält als den Wahlzettel.**

**Was die Arbeitenden brauchen, sind keine falsche Illusionen in die nächste Regierung, sondern Menschen, die das Vertrauen der Arbeitenden in ihre gemeinsame Kraft stärken, die eine solche Perspektive der Gegenwehr und einer wirklichen Veränderung verbreiten.**

## Ausbildung in Zahlen

Laut IHK-Präsident Braun hatten Jugendliche in diesem Jahr so gute Chancen auf eine Lehrstelle wie noch nie. Es hätte sogar mehr freie Stellen als Bewerber gegeben! Merkwürdig: In NRW gab es Ende August noch 11.000 offene Stellen – aber 29.000 Jugendliche, die noch einen Ausbildungsplatz suchten. Brauns Rechnung kann also irgendwie nicht stimmen. Anscheinend hat Braun selber nur eine Ausbildung bekommen: als Zahlen-Dreher!

## Wer zahlt die Zeche?

Die Zeche Carl hat Insolvenz angemeldet. Alle 73 Beschäftigten, denen man monatelang noch die Hoffnung auf einen Neuanfang gelassen hatte, sollen jetzt entlassen werden. Die Beschäftigten verlieren nicht nur eine Arbeit. Viele haben sich zwanzig oder dreißig Jahre lang mit Herz engagiert für diese Einrichtung, in der nicht nur Konzerte und Partys stattfinden, sondern in der es Kinderbetreuung, Workshops und Sprachkurse, kostenlose Räume für Selbsthilfegruppen und Initiativen und nicht zuletzt Seniorentanz gab.



Protesttransparent an der Zeche Carl

Nach dem ersten Schock hat ein Teil der Beschäftigten jetzt beschlossen, sich mit Aktionen an die Bevölkerung zu wenden, um mit möglichst Vielen für den Erhalt der sozialen Einrichtung und der Arbeitsplätze einzutreten. Denn niemand weiß, was aus der Zeche Carl in Zukunft wird, doch es ist abzusehen, dass gerade die sozialen Angebote, die kein Geld einbringen, verschwinden sollen.

Um die Zeche Carl vor der Insolvenz zu bewahren, fehlen nur 6500 Euro pro Monat. Ein lächerlicher Betrag, den sich die Stadt jedoch weigert zu zahlen, obwohl sie seit 14 Jahren die Zuschüsse für die Zeche Carl nie erhöht hat.

**Soziale Arbeit kann kein Geld einbringen. Dafür sind öffentliche Gelder notwendig. Bei der Zeche Zollverein, dem Aushängeschild für Staatsempfänge und Wirtschaftstreffen, verlangt auch keiner, dass sie „rentabel“ sein soll. Hier werden jedes Jahr Dutzende Millionen rein-gesteckt.**

**Aber Zeche ist halt nicht gleich Zeche – es kommt immer darauf an, wer da einfährt.**

# Ein Spiel mit unserem Leben

Die Hinweise mehren sich, dass die Fluggesellschaft Spanair die Flugzeugkatastrophe vom 20. August, bei der in Madrid 154 Menschen ums Leben kamen, durch ihren unverantwortlichen Umgang mit Sicherheitsfragen zumindest mit verschuldet hat.

Schon drei Tage vor der Katastrophe war dieselbe Maschine trotz technischem Defekt geflogen. Und am Tag selber musste das 15 Jahre alte Flugzeug starten, obwohl eine weitere technische Panne den Abflug zunächst verhinderte.

Erst durch das Unglück kam ans Licht, unter welchen Umständen bei der Fluggesellschaft gearbeitet wird. Keine 3 Stunden, bevor das Flugzeug auf dem Rollfeld zerschellte, verbreitete die Gewerkschaft der Flugkapitäne Sepla eine Protestnote, in der die Überlastung der Beschäftigten angeprangert wurde und der permanente Druck, der ausgeübt werde, damit „Crews und Wartungspersonal die Normen

missachten, inklusive der vorge-schriebenen Ruhezeiten“.

Bereits mehrfach hatte die Gewerkschaft auf mangelnde Wartung und fehlendes Personal aufmerksam gemacht. Doch um die weniger gewinnbringende Spanair verkaufen zu können, fährt der Mutterkonzern SAS weiter einen harten Sparkurs, bei dem nicht zuletzt ein Drittel der Arbeitsplätze gestrichen werden sollen.

Es ist dies keine Besonderheit von Spanair. Es ist auch keine Besonderheit der Billigflieger, sondern eine Politik aller Fluggesellschaften und aller Transportfirmen – wie der Deutschen Bahn, die beispielsweise die Wartungsintervalle für einige ICE-Züge von 60.000 auf 300.000 km hochgesetzt hatte, was erst ans Licht kam, als in Köln im Juli ein ICE entgleiste. Im Grunde passiert dasselbe in allen Betrieben. Überall nehmen die Bosse in Kauf, dass durch zunehmenden Stress,

Sparmaßnahmen, vermehrten Einsatz von im Betrieb unerfahrenen und schlechter ausgestatteten Fremdfirmen und Leiharbeitern das Unfallrisiko steigt. Bei Bahn oder Flugzeug, wo jedes Mal Hunderte Menschen betroffen sind, sind die Folgen besonders dramatisch.

**Bei Spanair hatten Beschäftigte bereits mehrfach mit Streik gegen die unhaltbaren Zustände gedroht. Und eine Woche vor dem Absturz konnte eine Maschine erst 14 Stunden später fliegen, weil sich die Besatzung weigerte zu starten. Sie haben damit eines erneut bewiesen:**

**In den Händen und unter der Kontrolle der Beschäftigten und der Bevölkerung wären Verkehrsmittel wie Betriebe wesentlich sicherer und besser aufgehoben als in den Händen von Aktionären, die wie Parasiten nur daran interessiert sind, den Gewinn herauszusaugen... auch wenn ihr Opfer dabei stirbt.**

## Afghanistan: Es herrscht Krieg!

Anschläge auf Soldaten, Demonstrationen gegen die Besatzungstruppen... Es wird immer deutlicher, dass für die afghanische Bevölkerung die ausländischen Soldaten keine „Befreiungstruppen“ sind, sondern feindliche Unterdrücker.

Kein Wunder. Seit amerikanische, englische, deutsche Truppen 2002 Afghanistan bombardierten und besetzten, vergeht keine Woche ohne neue Kriegshandlungen und „Kollateralschäden“, wie sie getötete Zivilisten zynisch nennen.

Die von deutschen Soldaten getötete Frau mit ihren zwei Kindern ist nur die Spitze des Eisberges. Im

Juli bombardierten die Besatzungstruppen eine Hochzeit, bei der 47 Menschen, darunter 39 Frauen und Kinder starben. Und erst am 22. August starben 90 Zivilisten „irrtümlich“ bei einem Bombenangriff der Amerikaner.

Diese „Kollateralschäden“ sind die zwangsläufige Folge der militärischen Operationen der Besatzungstruppen. Denn für sie ist dabei jeder Einwohner ein potentieller Feind, jedes Dorf ein mögliches Versteck für Terroristen.

Und je länger die Besatzung dauert, desto mehr wird dies zur Wahr-



**Krieg und Besatzung helfen nur einem: den Taliban**

heit, denn desto größer wird die Zahl derer, die durch den Krieg in die Arme der Taliban getrieben werden. Und desto größer wird die Gefahr, dass die afghanische Bevölkerung, wenn sie endlich die ausländischen Besatzer los wird, wieder unter die nächste Diktatur der erstarkten Taliban gerät.

## Das Salz in der Suppe

Die Stadt Essen hat beschlossen, die städtischen Kantinen in eine „städtische Gesellschaft“ auszugliedern. Damit werden alle Neuen nicht mehr im Öffentlichen Dienst eingestellt. Die Stadt plant, so in Zukunft den Beschäftigten schlechtere Löhne und Bedingungen aufzuzwingen. Eine schon viel zu lange notwendige komplette Renovierung mit Umbau wird als Trostpflaster gereicht. Aber auch in einer neuen Küche kann man die Suppe versalzen – wenn der Lohn nicht schmeckt.

**Wenn sie uns erreichen wollen:**

**Tel.:** 0157 - 76493485

**E-Mail:** [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)